



Gemeinde Roetgen  
mit den Ortsteilen  
**ROETGEN-ROTT**  
u. **MULARTSHÜTTE**

# **DIE GRÜNEN** *informieren*

Nr. 13 Oktober 87

Wir informieren über: \_\_\_\_\_

## **Was darf Energiesparen kosten?**

### **Die GRÜNEN und ihre Diäten**



### **Nochmal: Volkszählung**

### **Löcher in der Hauptsatzung ?**

und 4 weitere Themen



# Energiesparen contra Wirtschaftlichkeit ?

**Energiepolitik ist auch Gemeindeangelegenheit !**

Von vielen Seiten wird die Kernenergie als notwendiges Übel für die BRD dargestellt. Doch genau die Leute, die dies vertreten, zeigen bisher nur wenig Bereitschaft, Wege zu suchen, zu prüfen und zu gehen, die aus der energiepolitischen Sackgasse herausführen können. Energiesparen, d.h. erst gar nicht so viel Strom, Öl, Gas usw. zu verbrauchen, wird in Zukunft unsere wichtigste Energiequelle sein müssen, nicht zuletzt im Hinblick auf den Schutz der Natur. Hierbei ist bisweilen auch ein finanzieller Einsatz notwendig. Die Gemeinden haben dabei meines Erachtens eine Vorbildfunktion zu erfüllen, indem sie für öffentliche Einrichtungen Energie-sparpotentiale weitestgehend ausschöpfen. Die Gemeinde Roetgen plant derzeit für die Grundschule ein neues Lehrschwimmbaden. Gerade in einem solchen Schwimmbad wird eine große Menge an Energie in Form von Wärme benötigt, was besondere bauliche und technische Maßnahmen notwendig macht. Die Grünen stellten daher im Gemeinderat den folgenden Antrag:

Der Planer wird beauftragt, Maßnahmen zur Energieeinsparung beim Betrieb des Lehrschwimmbadens mit in seine Planung einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere berücksichtigt werden:

- Maßnahmen zur Wärmeisolierung und Wärmerückgewinnung
- Einsatz von Wärmepumpen
- aktive und passive Nutzung von Sonnenenergie.

Leider konnte sich die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht anschließen (wohl, weil er von den Grünen kam?). Stattdessen fordert die CDU:

.... Beim Wärmeschutz sind mindestens die einschlägigen Normen einzuhalten. Möglichkeiten zur Wärmerückgewinnung (z.B. bei Luftentfeuchtung) und zur Verwendung von Sonnenenergie sind unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit zu prüfen...."

Hier werden eventuelle Maßnahmen davon abhängig gemacht, ob sie „wirtschaftlich“ sind. Es wird jedoch nicht gesagt, was dieser Begriff eigentlich beinhaltet, obwohl er nach vielen Seiten hin ausgelegt werden kann.

Sollen hier etwa die unter energiepolitischen Gesichtspunkten sehr sinnvollen Maßnahmen abgeblockt werden?

Ich meine, in einer Zeit, in der der Umweltschutz zum Verfassungsgrundsatz erhoben wird, ist dies sehr bedenklich. Dies hat offensichtlich auch die Landesregierung in NRW erkannt, wenn sie für ihre Bauten im Hinblick auf den Umweltschutz fordert:

.... bei Neu- oder Erweiterungsbauten, aber auch bei Instandsetzungen oder Modernisierungen nicht mehr ausschließlich aufs Geld zu schauen.“ Bleibt zu hoffen, daß sich zumindest die SPD der Meinung ihrer Landesoberhäupter anschließt.

Klaus-Peter Kegel

## ALTPAPIER IN ROTT

In Rott sammelt die Pfadfinderinnenschaft "St. Georg" nur noch zweimal jährlich Altpapier. Um zwischen diesen Terminen eine Abliefergelegenheit für die Haushalte zu schaffen, die nicht Papier-Stauraum für ein halbes Jahr haben, suchen wir einen geeigneten Lagerraum (trockenen Schuppen, leere Garage). Eventuell damit verbundene nicht zu hohe Kosten würden vom Ortsverband "DIE GRÜNEN" in Roetgen übernommen. Wir wollen damit die Arbeit der Pfadfinder unterstützen und Papier vom Müll fernhalten.

Kontaktadresse: Georg Roentgen, Quirinusstr. 57, Telefon 2829.

# Bleib bei der Wahrheit ... auch im Rat

Wenn es darum geht, den GRÜNEN etwas auszuwischen, nehmen es die beiden großen Parteien im Rat mit Fakten und Zahlen, im Grunde also mit der Wahrheit, nicht so genau. Unser Artikel über die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen im Rat, erschienen im letzten Informationsblatt vom Mai 87, hat CDU und SPD so irritiert, daß ihre Fähigkeiten im Rechnen und Lesen versagten.

In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 1.7.87 behauptete Bürgermeister Linzenich, die in dem Artikel angegebenen prozentualen Erhöhungen seien zu hoch und daher falsch. Zum Nachrechnen drucken wir hier noch einmal unsere Tabelle vom Mai:

	Jährl. Aufwandsentschädigung in DM				Mehrbetrag 1987	
	zur Zeit	Höchstsätze	Vorschläge 1986	1987	DM	%
Ratsmitglieder	1680	3024	2160	3000	1320	79
Fraktionsvorsitzende stellv. Bürgermeister	3360	9072	6480	9000	5640	168
Bürgermeister	5040	15120	8640	15000	9960	198

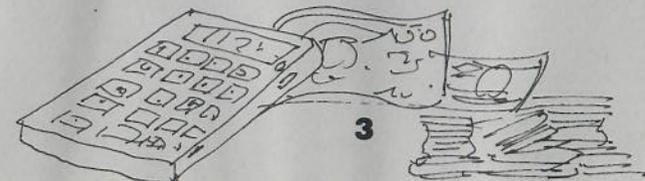
Nehmen Sie einen Taschenrechner zur Hand und teilen Sie den Mehrbetrag 9960 durch die bisher erhaltenen Bezüge 5040, das Ganze mal 100, so erhalten Sie genau 197,619 %. Das ist doch „fast 200 %“, oder nicht?

Fraktionsvorsitzender Dr. Hoffmann von der SPD machte ebenso öffentlich den Vorwurf, in dem bewußten Artikel stehe, der Rat habe sich die Höchstsätze genehmigt. Ich habe dem ersten, der mir diese Aussage zeigen kann, als Belohnung einen Kasten Bier versprochen. Natürlich konnte das niemand, da der Satz nirgends steht. Bei genauer Betrachtung der Tabelle erkennt man aber, daß sich der Rat *fast* die für Ausgleichstockgemeinden (also auch für Roetgen) möglichen Höchstsätze bewilligt hat.

Weit schwerer als diese leicht durchschaubaren Mätzchen wiegt ein anderer Vorgang in der Sitzung des HFB-Ausschusses vom 15.9.87, wo Ratsherr Garke den Verdacht auf ein Mitglied der GRÜNEN lenkte, eine anonyme Anzeige gegen den SV Rott beim Umweltamt des Kreises Aachen vorgebracht zu haben. Auf dem Gelände des Sportvereins hatte ein Zeltlager stattgefunden und das Umweltamt drohte ohne weitere Prüfung eine hohe Ordnungsstrafe an. Der Kreis hatte Unrecht, weil die Voraussetzungen (Landschaftsschutzgebiet) nicht stimmten, und die Verdächtigung war völlig haltlos, wie Gemeindedirektor Zimmermann später entschuldigend feststellte.

Nichts gegen harte Auseinandersetzungen im Rat, liebe Kollegen von den anderen Parteien, aber die Fakten sollen stimmen und Verdächtigungen müssen unterbleiben.

Rudolf Schwarzenberger



# Wohin mit dem vielen Geld ?

## Was die GRÜNEN mit ihren Aufwandsentschädigungen tun

Am 28.4.87 beschloß der Rat der Gemeinde Roetgen eine neue Hauptsatzung, in der auch eine drastische Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder enthalten ist. Die GRÜNEN waren strikt dagegen, erhalten aber seitdem auch die höheren Beträge. In unserem letzten Informationsblatt (Nr. 12, Mai 87) haben wir zugesagt, über die Verwendung der Gelder öffentlich Rechenschaft zu geben im Gegensatz zu den sehr unbestimmten Aussagen der anderen Parteien. Wir haben diese Abrechnung für das Jahresende vorgesehen.

In der Sitzung des Gemeinderates am 29.9. äußerte Ratsherr Garke (CDU) Unterstellungen über die Verwendung unserer Aufwandsentschädigungen. Das veranlaßt uns, schon heute etwas Allgemeines dazu zu sagen.

Wir betrachten den Teil der Aufwandsentschädigungen, der nicht unbedingt und unmittelbar für die Ratsarbeit verwendet wird, als uns anvertrautes, öffentliches Geld. Deshalb sollen alle Bürger wissen, wohin es geflossen ist. Dabei ist es nicht unser Prinzip, hier und da gut Wetter für die Ratsvertreter der GRÜNEN zu machen (so doch die Praxis der Altparteien bisher), wir werden vielmehr zwei Hauptrichtungen dabei verfolgen:

1. Information der Bürger über die Arbeit der GRÜNEN und über Vorgänge im Rat und in der Verwaltung.
2. Unterstützung und Zuwendungen dort, wo sozial und den Zielen der GRÜNEN entsprechend Hilfe geleistet werden kann.

Spekulationen sind überflüssig, verehrter Herr Garke, unsere Abrechnung kommt! Vielleicht folgt Ihre Fraktion und die der SPD unserem Beispiel?

S. Scholz

## Grüne Gedanken zum CDU-Müll-Info

lg+++erfolg+++erfolg+++erfolg+++erf

Eine grüne Idee schlägt Wurzeln, treibt rote Blüten und trägt schwarze Früchte!

Vor ca. 2 Jahren versuchten die Roetgener Grünen – bei starkem Gegenwind – vorwiegend von rechts – den Müllberg abzutragen. Vergeblich. Dann griff die örtliche SPD zu und machte sich die Finger dreckig. Nun aber, nachdem die Zeit und der Müll reif sind, nimmt unsere CDU den Gammel in ihre bewährten Hände. Wenn das kein triumphaler Erfolg unserer Arbeit an der menschlichen Einsichts- und Lernfähigkeit ist!!!

B.C.



Übrigens:

Eine Korrektur muß an dem CDU-Umweltschutz-Blättchen angebracht werden. Sie betrifft den ALTERNATIVLADEN. Es heißt in dem Blättchen, daß dieser Laden „Altkleider zurücknimmt“. Eine unglückliche und mißverständliche Formulierung, denn der Alternativladen ist an guter gebrauchter Kleidung, insbesondere für Kinder, interessiert, die man guten Gewissens seinen Kunden anbieten kann. Altkleider sind im Verständnis der Mitarbeiter des Alternativladens solche Textilien, für die das nicht gilt und die zum Lumpenhändler wandern.

Sch.

# Volkszählung 87:

## ...und sie zählen immer noch!

### 1. Volkszählung

6 Wochen nach dem 25.5.1987 (Stichtag zur Volkszählung 87) sollten die Erhebungen in den Gemeinden bereits abgeschlossen sein. Doch heute, 4 Monate später, ist ein Ende der Zählung noch nicht abzusehen. Dieser ganze Volkszählungsspaß ist natürlich nicht umsonst. Die folgende Aufstellung soll Ihnen einen Eindruck von den Kosten vermitteln, die bisher in der Gemeinde Roetgen entstanden sind:

- 15.000,- DM Entschädigung der ehrenamtlichen Kräfte (die sogenannten Zähler),
- 82.600,- DM Personalkosten (für die Angestellten der Erhebungsstelle),
- 7.700,- DM Geschäftsausgaben (z.B. dafür, daß Sie Ihren Bogen mit der Post geschickt haben, oder falsche Angaben gemacht haben),
- 5.626,- DM Bewirtschaftungskosten (Heizung, Strom usw.),

110.926,- DM Summe (bisher!)

Pro Einwohner kostet die Volkszählung in Roetgen damit ca.

16,- DM (bisher!)

Gerne wird das vorher nicht erwartete Anwachsen dieser Kosten allein den Grünen angelastet. So auch geschehen in der Ratssitzung vom 29.9.87, als Ratsvertre-

ter von CDU und SPD die Kritiker der Volkszählung zu diffamieren suchten. Doch dieser Vorwurf muß an dieser Stelle energisch zurückgewiesen werden. Denn wie sonst wäre es zu erklären, daß bisher erst 60 % der Volkszählungsbögen in einwandfreiem Zustand bei der Erhebungsstelle vorliegen? Sollten etwa 40 % unserer Bürger im Zuge dieser Volkszählung Anhänger der Grünen geworden sein? Dies wäre zwar zu begrüßen, scheint aber nicht sehr wahrscheinlich.

Nein, auch große Teile unserer Bevölkerung standen und stehen dieser Volkszählung skeptisch und kritisch gegenüber und haben dies beim Ausfüllen ihrer Erhebungsbögen dokumentiert:

- Sie haben die Bögen mit der Post geschickt, weil sie den Zählern nicht trauten.
- Sie haben Fragen bewußt falsch oder gar nicht beantwortet.
- Eine kleine Gruppe ist auch den Weg ins Widerspruchsverfahren gegangen und hat bisher keine Frage beantwortet.

Dies alles beweist, daß der erhöhte finanzielle Aufwand schon in dieser Art der Totalerhebung mit angelegt ist, die zudem im Einzelfall Datenschutz nicht gewährleisten kann. Hier muß der Staat und damit jeder von uns den Preis dafür zahlen, daß die Bundesregierung nicht bereit war, alternative Möglichkeiten der statistischen Erhebung ernsthaft zu prüfen.

Klaus-Peter Kegel

### 2. ...aber wehe, es fragt wirklich einer!

Erinnern Sie sich noch an die Werbung zur Volkszählung? Zum Beispiel an die lustigen Spots im Fernsehen oder an die kompetenten Statistikexperten, die am „Bürgertelefon“ verschiedener Lokalzeitungen und Statistikämter Rede und Antwort standen, oder an die Hauswurfsendungen, die im Briefkasten lagen? Alle wollten informieren, aufklären und uns überzeugen, daß die Volkszählung eben sein muß. Schließlich kam mit den Erhebungsbögen noch eine „Information zur Volkszählung“, die uns „amtlich“ aufklären sollte. Wer dann noch Fragen hatte, wurde auf der letzten Seite dieser Information beruhigt, denn dort stand schwarz umrandet: „Für weitere Auskünfte oder zusätzliches Informationsmaterial wenden Sie sich bitte an Ihren Zähler oder an Ihre Erhebungsstelle“.

Da mich weder das Bürgertelefon noch die lustigen Werbespots im Fernsehen überzeugten und mir meine offenen Fragen nicht beantworteten, nahm ich das Angebot in der „Information zur Volkszählung“ gerne in Anspruch und stellte der Roetgener Erhebungsstelle schriftlich Fragen zum Datenschutz. Ich bat um Auskunft, ob Einzelangaben aus den Erhebungsbögen weitergegeben werden dürften, wieviele Blockeinheiten (= Straßenzüge) bei einer möglichen Veröffentlichung von

Erhebungsdaten zusammenzufassen seien und ob auch eine Veröffentlichung kompletter Datensätze zulässig sei. Fragen, die nach meiner Meinung in den bekannten Informationsbroschüren widersprüchlich oder nicht eindeutig geklärt sind. Die Antwort der Erhebungsstelle kam schnell, doch leider wurde mir nur mitgeteilt, daß man für die Durchführung der Volkszählung zuständig sei, nicht aber für die Beantwortung der von mir gestellten Fragen. Stattdessen verwies man mich an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Düsseldorf.

Also stellte ich auch dieser Behörde dieselben Fragen. Doch von dort erhielt ich die Nachricht, daß mit der „Information zur Volkszählung“ die Unterrichtungspflicht ausreichend erfüllt sei, die von mir gestellten Fragen weit darüber hinaus gingen und ich umgehend meiner Auskunftspflicht nachzukommen habe. Meine Fragen blieben unbeantwortet.

Nun hoffe ich, daß die Zusagen der Verantwortlichen zum Datenschutz nicht so leere Versprechungen sind wie das Angebot auf der „Information zur Volkszählung“, daß man sich für weitere Auskünfte an die Erhebungsstelle wenden möge.

Std

# Maßstäbe

Sie kennen das: jeden Morgen beginnt aufs neue das große Abenteuer – man begibt sich auf die Piste, ins feindliche Leben, in den gnadenlosen Kampf ums Dasein – will sagen: per PKW von Roetgen zur Arbeitsstelle.

Und das ist gut so, sagen Sie. Freie Fahrt für freie Bürger! Irgendeinen Kitzel braucht der Mensch schließlich in unserem eintönigen an allen Ecken und Enden abgesicherten Leben. Ein wenig tödliches Risiko nach dem Frühstück ersetzt dem Autofahrer die verdauungsfördernde Gymnastik! Es gibt zwar Straßenverkehrsgesetze, aber wer wollte ernsthaft von den Ordnungshütern verlangen, daß sie jeden kleinen Verstoß, jeden Mordversuch auf unseren Straßen, jede unwichtige Nötigung, jede belanglose Tötungsabsicht – wie fahrlässig auch immer – oder womöglich die geistreich-obszönen Gesten als Beleidigung verfolgen! Da hätten die viel zu tun, wo kämen wir da hin, nichts würde mehr laufen!

Stellen Sie sich vor: es hat mal jemand den Vorschlag gemacht, in diesem unserem freien Lande die Hersteller von ganz heißen Öfen, ganz scharf aufgemotzten Sportmobilen wegen Aufforderung zum Mord oder Totschlag anzuzeigen! Ist das nicht komisch? Absurd, sagen Sie.

Da gibt es doch ganz andere, wirklich verdammenswerte, strafwürdige Verbrechen an der Menschheit – speziell an der Roetgener. Gar nicht auszudenken, was z.B. geschehen wäre, wenn die hiesige Ordnungsbehörde im Verein mit der Polizei nicht hart durchgegriffen hätte, als 2 grünliche Frauen es angeblich unternahmen, mittels einer Informationsbroschüre der Bundeszentrale der „Grünen“ zur „Sachbeschädigung“ aufzufordern. Sie erinnern sich: in dem Papier soll angeregt worden sein (ich hab's selbst gar nicht gelesen), die durch das Herausschneiden der Nummern unkenntlich gemachten Volkszählungsbögen an eine Sammelstelle zu schicken, damit jeder seinem Mißfallen an dem Bundesmilliardenspiel Ausdruck geben könnte.

Zum Schutz der in diesem Punkt völlig unmündigen Roetgener Bevölkerung, die bar jeder Kritikfähigkeit den grünen Einflüsterungen reihenweise erlegen wäre, mußte gegen die gefährlichen Volksverführer auf der Stelle mit der ganzen Härte des Gesetzes vorgegangen werden: Hausdurchsuchung! Strafanträge! Strafbefehle!

Die Ordnungshüter ließen Frühstücksbrot und Kaffeetasse stehen und liegen und retteten die armen unmündigen Roetgener vor dem grünen Verderben.

Dank gebührt ihnen! Auch dafür, daß wieder mal Maßstäbe gesetzt wurden.

Auf geht's, Sportsfreunde! Freie Fahrt für (fast) alle freien Bürger!

Brigitte Commichau



# Es fehlt was in der neuen

# Hauptsatzung

## Ein Handstreich der CDU

Kennen Sie das Spiel: Auf einem Tablett liegt eine Anzahl Gegenstände und man soll versuchen, sich alle einzuprägen. Dann wird heimlich einer davon entfernt und man soll sagen, welcher es war. Scheinbar einfach, doch es gelingt nur selten.

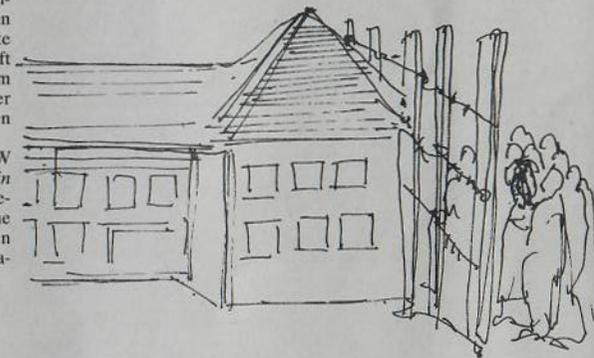
Als im Frühjahr im Roetgener Rat die Neufassung der Hauptsatzung beraten und beschlossen wurde, erinnerte ich mich an dieses Spiel. Im neuen Text fehlte einiges ersatzlos, was sicher kaum einer gemerkt hat. Wurde doch im Mitteilungsblatt der Gemeinde der Neufassung „mehr Bürgernähe“ bescheinigt. Dahin paßt aber überhaupt nicht, daß im § 4, Absatz 3, der Satz entfernt wurde: „Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Gemeindedirektor zu erörtern.“ Es geht dabei um die offene Diskussion in Einwohnerversammlungen, der einzigen Gelegenheit, wo Bürger ihre ganz persönliche Sicht der anstehenden Planungen zu Gehör bringen können. Das sollte es also in Zukunft nicht mehr geben?

In der Sorge um dieses elementare Bürgerrecht schrieb ich empörte Briefe an den Bürgermeister und den Gemeindedirektor und bat um Aufklärung und Angabe von Gründen für diese schwere Beschneidung von Mitspracherechten. Die Antwort kam vom Gemeindedirektor und sah sehr beruhigend aus. Herr Zimmermann schrieb mir, daß die der Hauptsatzung übergeordnete Gemeindeordnung NW eine entsprechende Vorschrift enthalte, was für die Gemeinde bindend sei. Außerdem versicherte er mir, daß er die bisher geübte Praxis der Erörterung in Einwohnerversammlungen beibehalten würde.

Sein Wort in Gottes Ohr! Die Gemeindeordnung NW sagt dazu nämlich in § 6b (2): „Die Unterrichtung ist in der Regel so vorzunehmen, daß Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung besteht.“ Keine Regel ohne Ausnahme, sagt das Sprichwort! Sollten die Initiatoren der Streichung etwa an solche Ausnahmen gedacht haben?

Aber, liebe Bürger, man muß lernen, Gesetzestexte genau zu lesen: In der alten und jetzt gestrichenen Fassung stand, daß den Einwohnern als Diskussionspartner neben dem Gemeindedirektor Ratsvertreter aller Fraktionen gegenüberzutreten haben. Ich glaube, da liegt der Hase im Pfeffer. In einer so besetzten Diskussionsrunde würden nämlich dem Bürger die eventuell kontroversen Standpunkte der Fraktionen vorgeführt oder – noch schlimmer – ein GRÜNER könnte die sorgfältig gesponnenen Argumente der Mehrheitsparteien erschüttern und die armen Bürger total verunsichern. Seien Sie froh, daß wohlmeinende Herren von der CDU das im Handstreich (die Änderung wurde ohne Vorankündigung während der Sitzung eingebracht!) für die Zukunft unterbinden konnten! Oder sind Sie etwa unserer Meinung, daß das ein wichtiger Verlust an Information ist und man schleunigst den alten Rechtszustand wiederherstellen sollte? Dann wenden Sie sich bitte an unsere Ratsvertreter zur Unterstützung entsprechender Schritte.

S. Scholz



## Impressum

Herausgegeben vom Ortsverband "Die Grünen", Roetgen, Schleebachstr. 22

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Siegfried Scholz  
Namentlich oder durch Kürzel gekennzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autoren.

## Spendenkonto

Der Ortsverband der GRÜNEN in Roetgen hat eine neue Bankverbindung: Konto Nr. 495 0291 bei der Kreissparkasse Aachen, Fil. Roetgen, BLZ 3915 0100.

# DAS IST DIE *letzte* SEITE!

## EIN MÄRCHCHEN

Es war einmal ein Schatzmeister mit Namen Zimmernich, der auf Geheiß seines Grafen Linzemann den Lohn für seine Ratsleute verdoppeln wollte.

Nun zerbrach er sich den Kopf darüber, wie er seinem Volk diese Verdoppelung schmackhaft machen könnte. Er war noch nicht lange genug im Amte, als daß er sich ganz darüber hinwegsetzen könnte, was das Volk dachte. Also überlegte er sich, daß es ganz schnell gehen müßte und berief eine Dringlichkeitssitzung ein, in der die Verdoppelung dann ruckzuck und fast einstimmig (ein paar Querulanten gibt es immer) beschlossen wurde.

Nun kam der Herbst ins Land und jeder, der etwas von Haushalt und Finanzen versteht, weiß, daß der Schatzmeister dann vor den Rat treten muß, um zu bekennen, daß er sich Anfang des Jahres verrechnet hat und die günstige Beurteilung der finanziellen Lage, leider, eine falsche war, weshalb er leider mehr Geld brauche. Selbstverständlich folgt eine Liste von Entschuldigungen (das Wetter, ein Zauberer, ein Drache, Robin Hood usw.) und die Beteuerung, es nächstes Mal besser zu machen.

Nun hatte ein findiger Kopf mit Namen Gerpa Kunde davon bekommen, daß der Schatzmeister wieder mehr Geld brauchte, weil er unter anderem die Diäten verdoppelt hatte. Er dachte sich, ich mache ein Märchen daraus und tue es in einem Blättchen, das an alle verteilt wird, dem Volke kund.

Und siehe da, ein Murren ging durch das Volk, so daß der Graf, der Schatzmeister und seine Ratsherren und -damen von einer Angst heimgesucht wurden. Sie klopfen sich an ihre Brust, bekannten sich schuldig und machten die Diätenerhöhung wieder rückgängig und wenn sie nicht gestorben sind entschuldigen sie sich noch heute.

Gerd Pagnia

